

# Energieplan für Sachsen-Anhalt

## Vorfahrt für erneuerbare Energien

Die Umstellung der Energieversorgung auf Basis fossiler Rohstoffe hin zum breiten Einsatz der erneuerbaren Energien zählt zu den globalen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Es geht um weit mehr als die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen. In den Mittelpunkt rückt zunehmend, wie sich das jeweilige Energiesystem auf das Klima und die Umwelt auswirkt, welche Auswirkung die Verknappung der Energieressourcen auf die Friedenspolitik und eine gerechte Weltordnung haben, wie verhindert werden kann, dass steigende Energiepreise Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zusätzlich belasten und wer auf der anderen Seite an monopolistischen Strukturen verdient. In den konzeptionellen Vorstellungen der Landesregierung werden dazu noch zu halbherzige Vorschläge und Ansätze entwickelt.

**DIE LINKE** steht für eine Energiepolitik unter dem Leitmotiv einer „ressourcensparenden, wissensbasierten, sozial orientierten Lebens-, Siedlungs- und Wirtschaftsweise“:

- Eine verstärkte Hinwendung zu den **erneuerbaren Energien** ermöglicht dezentrale Strukturen und bietet damit bessere Chancen, kommunale Daseinsvorsorge und demokratische Entscheidungsstrukturen zu gewährleisten und durchzusetzen.
- Nicht zu unterschätzen sind auch **sicherheitspolitische Aspekte**, Kriege zur Durchsetzung von Energierohstoffinteressen verlieren ihre Grundlage.
- Wesentlich ist der Aspekt, den **Versorgungsanspruch auch für die Bevölkerungsgruppen mit niedrigerem Einkommen** umsetzen zu können. Preissteigerungen für die fossilen Energieträger sind sicher, während erneuerbare Energien wegen ihrer »natürlichen« Verfügbarkeit die Tendenz zu sinkenden oder konstanten Preisen bieten können.

Unter diesen Prämissen sieht **DIE LINKE** in Sachsen-Anhalt u.a. folgende Handlungsfelder:

- **Klimaschutz durch nachhaltige Energiepolitik** - Sachsen-Anhalt in der Pflicht, seinen spezifischen Beitrag zu leisten, die **globale Erwärmung der Atmosphäre** bis zum Jahr 2100 um 2 °C zu begrenzen, Energie- und Klimaschutzpolitik müssen eine Einheit bilden; es geht um die **Senkung der kraftwerksseitigen CO<sub>2</sub>-Emissionen** im Strom- und Wärmesektor um mindestens 10 % gegenüber 2010, um die Steigerung des Anteils der Energiebereitstellung aus erneuerbaren Energien im Strombereich auf mindestens 60 %, im Wärmesektor auf mindestens 40 %, es geht um Verbesserung der Energieeffizienz gegenüber 2010 um 20 %;
- **Schaffung einer Landesenergieagentur** – ihre Aufgaben sind die Überwachung der Erreichung verbindlicher **Klimaschutz- und Energieeffizienzziele**, die Überwachung der **Ausbauziele bei erneuerbaren Energien**, die **Unterstützung der Kommunen und Stadtwerke** bei der Entwicklung von Energie- und Klimaschutzkonzepten, die Unterstützung der **Landesverwaltung als „Vorreiterin“** bei nachhaltiger Energienutzung sowie Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung;
- **Einsatz der Braunkohle** – sie leistet auch mittelfristig in Sachsen-Anhalt einen **wesentlichen Teil der Energieversorgung**, das Braunkohlekraftwerk in **Schkopau** könnte bis ca. 2035 am Netz bleiben; die Notwendigkeit eines **Kraftwerkneubaus** in Sachsen-Anhalt ist nicht gegeben, Bestrebungen, den Klimagasausstoß von Kohlekraftwerken durch die **CCS-Technologie** zu verringern, werden abgelehnt;

- **Nutzung der Windenergie** - landesplanerisch sind **ausreichend Fläche für Windkraftnutzung** zu sichern und so auch das Ersetzen alter durch leistungsstärkere Anlagen (Repowering) zu unterstützen; vorgeschlagen wird ein **Flächenziel für die Windenergienutzung** von einem Prozent der Landesfläche (20 450 ha); möglich ist die Verdoppelung der **erzeugten Windstrommenge gegenüber dem derzeitigen Ausbaustand** bis 2020 und die Steigerung auf das Zweieinhalbfache bis 2030;
  
- **Entwicklung und Ausbau von Stromspeichern** – von Bedeutung sind beim verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien **Aufnahme von Lastspitzen** im Netz, bedingt durch den schwankenden Erzeugungsanteil aus Wind- und Solarenergie und die **kurzfristige Bereitstellung von Strom** zur Vermeidung von Netzengpässen; notwendig ist die Konzentration auf **moderne Speichertechnologien** wie Druckluft-, Batterie- und Wasserstoffspeicher, auch der Bau von **Pumpspeicher-Kraftwerken bei der Rekultivierung von Tagebauen** der MIBRAG ist zu prüfen;
  
- **Einsatz der Photovoltaik** – es geht um die **Balance** zwischen Freiflächenanlagen und kleinen, dezentralen Anlagen zur Eigenversorgung und darum, wertvolle Acker- oder Grünlandflächen nicht mit Photovoltaikkraftwerken zu bebauen; sinnvoll ist ein **landesweites Kataster** über nutzbare und raumordnerisch zu sichernde Freiflächen für Photovoltaik;
  
- **Nutzung von Bioenergie** – Ziel ist die möglichst **effiziente Verwendung von Biomasse** mit den Schwerpunkten Biogas, Reststoffe und Abfälle, Wald- und Gebrauchtholz sowie Getreidestroh, dabei sind **regionale Lösungen** mit Nahwärmenetzen und Stromerzeugung mindestens gleichwertig mit der Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz, da **große Transportwege** nicht den Erwartungen an nachhaltige Energieversorgung entsprechen; die **Nutzung von Biokraftstoffen** im Wesentlichen auf die Land- und Forstwirtschaft zu begrenzen, **Erzeugungskapazitäten** im Land sollen nicht ausgeweitet werden, **Energiepflanzen** für Biokraftstoffe sollen nicht mehr als ein Viertel der für Bioenergie vorgesehenen landwirtschaftlichen Fläche belegen;
  
- **Einsatz der Geothermie - oberflächennahe Geothermie** kann fast im ganzen Land genutzt werden, bei der **tiefen Geothermie** geht es zunächst um vom Land zu unterstützende Pilotvorhaben, Schwerpunkt kann die **Altmark** sein, wo es besonders günstige Bedingungen für die Nutzung der tiefen Geothermie gibt;
  
- **Erneuerbare Energien im Wärmebereich** – hier sind **Wärmedämmung** und **Nutzung erneuerbarer Energien** dringend geboten und über ein **Landeswärmegesetz** zu beeinflussen, es geht um ökonomisch und sozial verträgliche Lösungen für den **Gebäudebestand**; zu unterstützen sind **Solarwärmeanlagen** und effiziente **Wärmepumpen** sowie Nahwärmeversorgung aus **Bioenergie** und der Ausbau des **Fernwärmenetzes**.

Die bisher im Land laufenden **Pilotprojekte zur regionalen Energieversorgung** wie „Regenerative Modellregion Harz“ oder „Bioenergieregion Altmark“ müssen weitergeführt und erweitert werden. Gerade die **Modellregion Harz** hat gute Voraussetzungen, das Zusammenspiel der verschiedenen Formen erneuerbarer Energien mit Speichervarianten wie dem Pumpspeicher-Kraftwerk Wendefurth zu erproben. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, nach Abschluss der Pilotphase 2012 das Projekt weitgehend in dauerhaften Betrieb zu übernehmen. DIE LINKE unterstützt die Weitergabe solcher praktischen Erfahrungen, sie kann für viele Kommunen und Regionen von sehr hohem Wert beim eigenen Einstieg in vergleichbare Konzepte sein.

*Magdeburg, im Februar 2011*